UNION

Enttäuschung über Putin-Jugend

Vor einer Belastungsprobe steht die Zusammenarbeit der Jungen Union (JU) mit Putin-treuen Jugendorganisationen. Nachdem auf der Website der Jungen Garde – Ableger der Regierungspartei Einiges Russland – wochenlang gegen den Moskauer Journalisten Oleg Kaschin als „Verräter am russischen Volk“ gehetzt worden war, der „bestraft werden“ müsse, wurde der Reporter Anfang November tatsächlich von Unbekannten brutal zusammengeschlagen. Zwar möchte JU-Chef Philipp Mißfelder „nun nicht gleich jeden Gesprächskontakt“ zu den Putin-Jüngern einstellen. Es gebe aber, betont der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, „keine offizielle Parteipartnerschaft, und wir streben sie auch

JUSTIN JIN

Junge-Garde-Sympathisantin

nicht an“. Bei den Begegnungen mit Kreml-nahen Jugendorganisationen, erklärt Mißfelder, „müssen wir jedes Mal massiv auf unsere Grundwerte und unser Verständnis von Pressefreiheit hinweisen“. Eine Delegation der Putin-Jugend hatte gerade erst den Deutschlandtag der JU in Potsdam besucht. Zwei Mitglieder der Jungen Garde unterstützten voriges Jahr den Thüringer Bundestagsabgeordneten Manfred Grund beim Wahlkampf. Das Moskauer Büro der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung hatte den Austausch organisiert, damit Jugendliche aus Russland Demokratie lernen können. „Die widerlichen verbalen Attacken gegen den Journalisten Kaschin stellen eine Zusammenarbeit in Frage, die eigentlich wichtig ist“, sagt Lars Peter Schmidt, Leiter der Adenauer-Stiftung in Moskau. „Wenn junge Abgeordnete aus Russland mitkriegen, wie offen beim Deutschlandtag der JU diskutiert und auch die Kanzlerin immer mal wieder kritisiert wird, setzt das einen Lernprozess in Gang.“

KNUT MUELLER

MIGRATION

Asylwelle vom Balkan

Die Innenminister der Bundesländer befürchten einen erhöhten Andrang von Roma aus Südosteuropa nach Deutschland. Grund sind Erfahrungen aus diesem Jahr nach dem Wegfall der Visumpflicht für Reisende aus Serbien und Mazedonien. In der Folge stieg die Zahl der Asylanträge serbischer Staatsbürger von Juli (129) bis September (800) um das Sechsfache und der Mazedonier von 107 auf 521; insgesamt waren es in den ersten neun Monaten dieses Jahres rund 3000 Antragsteller aus den beiden Balkanstaaten, die aber nahezu ausnahmslos als unbegründet abgelehnt wurden. Die meisten Asylsuchenden waren Roma. Gleich mit dem Antrag bezogen sie auch staatliche Leistungen, also Unterkunft und Verpflegung. Vor sechs Wochen einigten sich Bund und Länder darauf, die Rückkehrhilfe in Höhe von 400 Euro pro Erwachsenen und 200 Euro pro Kind für Asylsuchende aus diesen Ländern zu streichen, weil „nicht auszuschließen ist, dass die Beihilfe der eigentliche Grund für die Einreise war“, so ein Sprecher des Bundesinnenministeriums. Polizisten beklagen zudem einen Anstieg der Kriminalität im Zuge der verstärkten Zuwanderung. Weil nun auch die Visumpflicht für Albaner und Bosnier wegfällt, fürchten Experten eine Verstärkung des Problems. Bundesinnenminister Thomas de Maizière, der „nur mit Bedenken“ der Aufhebung der Visumpflicht zugestimmt hatte, kündigte bereits an, die Entwicklung beobachten zu wollen. Schon heute sind zahlreiche Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber überfüllt. „Der Druck ist überall groß“, bestätigt ein Sprecher der Hamburger Ausländerbehörde. Nordrhein-Westfalen etwa erwägt, wegen „der seit Mitte des Jahres enorm angestiegenen Asylbewerberzahlen“ eine „zweite Erstaufnahmeeinrichtung in Bielefeld“ zu eröffnen. Wie auf eine mögliche massenhafte Einreise von Roma aus Südosteuropa reagiert werden soll, wollen de Maizière und die Landesinnenminister auf ihrer Tagung diese Woche in Hamburg beraten.

DENKMALSCHUTZ

Informationen vorenthalten

Das Schicksal eines Industriedenkmals am Rhein beschert der Landesregierung Baden-Württembergs einen weiteren Ansehensverlust. Anfang November begannen die Abrissarbeiten des alten Wasserkraftwerks in Rheinfelden. Das weltweit älteste Großwasserkraftwerk wird einem Neubau geopfert (SPIEGEL 21/2010). Denkmalschützer der Unesco hatten bis zuletzt versucht, den Bau zu retten – und stellten die Auszeichnung als Weltkulturerbe in Aussicht. Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) befürwortet den Abriss. Seine Gegner kritisieren, dass die Regierung nicht die Entscheidung des Petitionsausschusses abgewartet habe, den sie angerufen hatten. Wie bei Stuttgart 21 hätten sich die Voraussetzungen nach der über 20 Jahre langen Planungsphase geändert. Zudem habe das Wirtschaftsministerium dem Ausschuss Informationen vorenthalten: etwa, dass das Kraftwerk ein schützenswertes Denkmal sei und Weltkulturerbe werden könne.